

In Memoriam

Walter Ulbricht

1893 bis 1973

Internationaler Antifaschist
Vorsitzender des Staatsrates der
Deutschen Demokratischen Republik

Ein Schritt auf einem langen Weg

Im Bundesgesetzblatt vom 30.5.2023 wurde bekannt gemacht, dass das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte am 20. Juli 2023 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten wird, nachdem die Beitrittsurkunde am 20. April 2023 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York hinterlegt worden ist.

Am Tag des Inkrafttretens werden wir unsere nachfolgend dokumentierte Beschwerde in einer englischen Übersetzung an den UN-Sitz in Genf absenden.

Sollte unsere Beschwerde seitens der UN für zulässig erklärt werden, würde die Bundesregierung zu einer Stellungnahme aufgefordert, für die sie ein halbes Jahr Zeit hätte. Darauf würde die UN mit entsprechenden Empfehlungen reagieren.

Es ist weder sicher noch ausgeschlossen, dass die UN unsere Beschwerde annimmt, bzw. unseren Argumenten folgt. Kaum zu erwarten ist allerdings, dass die Bundesregierung im Ergebnis einer UN-Kritik Änderungen am Rentenstrafrecht vornimmt. Die Verteufelung des MfS als wichtiges Vehikel zur Verhinderung jeder sachlichen Diskussion über positive Erfahrungen und Errungenschaften der DDR bildet einen wichtigen Baustein der antikommunistischen Herrschaftsideologie. Eine UN-Position dazu wäre jedoch ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Entlarvung von BRD-Heuchelei und Demagogie in Fragen der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

W.S.

Wortlaut des Schreibens

Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. – ISOR e. V. –

Der Vorstand, Berlin, 20. Juli 2023

Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC)

Ausschuss für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen zum

Fakultativprotokoll vom 10. Dezember 2008 zum internationalen Pakt vom 19.

Dezember 1966 über wirtschaftliche und kulturelle Rechte

Betr.: Rentenrechtliche Diskriminierung ehemaliger Angehöriger des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Fakultativprotokoll vom 10. Dezember 2008 zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche und kulturelle Rechte trat am 20. Juli 2023 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Das ermöglicht und ermutigt uns, eine Organisation, die seit 1991 eine Gleichbehandlung der ehemaligen Angehörigen des MfS in Rentenfragen mit allen anderen ehemaligen DDR-Bürgern anstrebt, in dieser Angelegenheit an Sie zu wenden. ISOR hat derzeit ca. 6.250 Mitglieder, darunter zu etwa 75 % ehemalige Angehörige des MfS. Unser Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg eingetragen unter der Nummer 12076.

Alle innerstaatlichen Rechtsbehelfe sind erschöpft. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar 1999 mit einem Urteil die politisch motivierte willkürliche und pauschale Kürzung der

durch Beitragszahlung erworbenen Rentenansprüche der ehemaligen Angehörigen des MfS abgemildert, weitere durch Gutachten unteretzte Verfassungsbeschwerden 2004 und 2016 jedoch nicht mehr zur Verhandlung angenommen. Zahlreiche Petitionen in der gleichen Sache, darunter eine Petition aus dem Jahr 2010 mit 73.573 Unterschriften wurden vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages u.a. mit der Begründung abgewiesen, dass hierfür keine parlamentarischen Mehrheiten zu finden wären. Entsprechende, wiederum zahlreiche Schreiben an Regierungsmitglieder und Politiker aller Parteien wurden ebenfalls abweisend beschieden.

Auch ausdrückliche Forderungen des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen, wie zuletzt in den abschließenden Bemerkungen zum Staatenbericht Deutschlands 2011 „umgehende und wirksame Maßnahmen zu

treffen, um jede weitere Diskriminierung in der Höhe von Leistungen der sozialen Sicherheit zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern zu verhindern und Fälle, in denen eine solche Diskriminierung besteht, zu lösen“ wurden ignoriert.

Zur Sache:

In der DDR waren für die Angehörigen der bewaffneten Organe (Nationale Volksarmee – NVA -, Ministerium des Inneren – Mdi -, Ministerium für Staatssicherheit – MfS-) und für die Zollverwaltung Sonderversorgungssysteme eingerichtet worden, die diesen Personengruppen - vergleichbar mit der Beamtenversorgung in der Bundesrepublik Deutschland – eine privilegierte Alterssicherung garantieren sollten. Die Angehörigen dieser Sonderversorgungssysteme haben dafür im Gegensatz zu den anderen DDR-Bürgern Beiträge in Höhe von 10 % ihres gesamten Bruttoeinkommens, deutlich mehr als die Rentenbeiträge aller anderen DDR-Bürger, eingezahlt.

Mit der Herstellung der deutschen Einheit wurden diese Sonderversorgungssysteme geschlossen und in die allgemeine Rentenversicherung überführt. Damit wurden auch Beitragsbemessungsgrenzen wirksam, so dass darüber liegende hohe und höchste Einkommen nicht mehr für die Rentenberechnung berücksichtigt werden.

Zusätzlich wurden die Rentenansprüche aller ehemaligen MfS-Angehörigen zunächst auf maximal 0,7 Entgeltpunkte (EP), nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1999 dann auf 1,0 EP begrenzt. Die ursprüngliche Begrenzung der Rentenansprüche der Angehörigen der anderen Sonderversorgungssysteme auf maximal 1,4 EP wurde 1999 aufgehoben, so dass deren Rentenansprüche seither bis zur Beitragsbemessungsgrenze angerechnet und damit den übrigen ehemaligen DDR-Bürgern gleichgestellt werden. 1 EP entspricht dem Rentenanspruch eines Bundesbürgers mit einem Einkommen, das dem ermittelten Durchschnittseinkommen im jeweiligen Jahr entspricht.

Eine solche Rentenkürzung, der Missbrauch des Sozialrechts als politisches Strafrecht ist in der deutschen Rentengeschichte einmalig. Trotz mehrfacher Systembrüche (Kaiserreich, Weimarer Republik, Nazi-Diktatur, Besatzungsmacht, Bildung von zwei deutschen Staaten) wurde stets am Prinzip der Wertneutralität des Rentenrechts festgehalten. Renten wurden immer ausgehend von den in die Rentenkasse ein-

gezahlten Beiträgen berechnet. Die politische Herkunft und Gesinnung spielten dabei keine Rolle. Auch ein Mörder erhielt (und erhält) seine Rente nach den von ihm gezahlten Beiträgen. Nur im Nazi-Reich wurde von diesem Prinzip abgewichen, indem jüdischen Bürgern am Ende sämtliche Rentenansprüche aberkannt und den Rentnern in den okkupierten Gebieten nur Renten unterhalb der Armutsgrenze zugewilligt wurden.

Als Alibi, um „Wertungswidersprüche“ zu vermeiden wurde neben den MfS-Angehörigen eine kleine Gruppe von SED- und Staatsfunktionären, wie z.B. Minister der DDR und deren Stellvertreter ebenfalls mit Rentenkürzungen auf maximal 1,0 EP belegt, was mit einem Weisungsrecht gegenüber dem MfS begründet wurde, welches nie existiert hat. Das führt zu dem absurden Ergebnis, dass einem Minister der DDR jegliche Einkommen, die den DDR-Durchschnitt übersteigen, nicht für die Rentenberechnung anerkannt werden. Angeblich, weil es sich um Ergebnisse von Selbstprivilegierung, überhöhte, durch Staatsnähe und nicht durch Leistung erzielte Einkommen handelt. Diese Rentenkürzung ist funktionsbezogen, solange der spätere Minister z.B. nur Hauptabteilungsleiter war, unterliegt er der gleichen Rentenberechnung, wie alle anderen ehemaligen DDR-Bürger. Die Bestätigung dieses Rentenunrechts durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2010 markiert einen Tiefpunkt in dessen Rechtsprechungspraxis.

Im Unterschied zu den erwähnten funktionsbezogenen Rentenkürzungen ist die Kürzung der MfS-Renten pauschal. Sie treffen Generale und operativ tätige Mitarbeiter oder Untersuchungsführer und Mordermittler gleichermaßen wie Hilfssachbearbeiter, Sekretärinnen, Kraftfahrer, Küchenkräfte, Ärzte im medizinischen Dienst, Nachrichtentechniker, Personenschützer, Passkontrolleure, Angehörige des Wachregiments, Personalbearbeiter, Auswerter, Analytiker, hauptamtliche Mitarbeiter der Sportvereinigung „Dynamo“, das Personal von Ferienheimen u.a.

Zur Begründung der Kürzung der MfS-Renten werden hauptsächlich zwei Argumentationslinien bemüht:

Es handele sich um den Willen der aus freien Wahlen hervorgegangenen Volkskammer der DDR, des DDR-Gesetzgebers, der als fortgeltendes DDR-Recht zu respektieren sei. Tatsächlich hat die Volkskammer der DDR mit einem Aufhebungsgesetz zum MfS-Sonderversorgungssystem die MfS-Renten auf maximal 990,- DM herabgesetzt. Diese Entscheidung fiel in einer emotional aufgeheizten Atmosphäre, in der die Situation eines gesellschaftlichen Umbruchs, in der das MfS als hauptverantwortlich für die Misere der DDR präsentiert wurde, um von anderen Verantwortlichkeiten abzulenken. Da die

DDR-Durchschnittsrente zu diesem Zeitpunkt mit 672,- DM angegeben wurde, hätte die Kürzung auf 990,- DM aber 1,47 EP entsprochen. Gleichzeitig waren die maximalen Ansprüche aus den anderen Sonderversorgungssystemen auf 2.010,- DM begrenzt worden, was rational nicht mehr nachzuvollziehen ist.

Bei den MfS-Einkommen handele es sich um privilegierte, überhöhte, nicht durch Arbeit und Leistung, sondern nur durch Staatsnähe erzielte Einkommen.

Die Einkommensverhältnisse im MfS wurden in einem vorliegenden sozialwissenschaftlichen Gutachten objektiv, umfassend und gründlich untersucht. Dieses Gutachten bestätigt, dass die durchschnittlichen MfS-Einkommen knapp das 1,6-fache des DDR-Durchschnitts betragen, aber nur marginal von den Einkommen in den anderen bewaffneten Organen, insbesondere in der NVA abwichen. Aus dem Gutachten geht weiter hervor, dass der Anteil von Fachschul- und Hochschulabsolventen im MfS über den DDR-Durchschnitt lag, was insofern von Bedeutung ist, da in derartigen Fällen, z.B. geregelt im sog. Fremdrentengesetz ein überdurchschnittliches Einkommen als normal vorausgesetzt wird. Wie vermutlich in allen anderen Ländern und auch in der Bundesrepublik werden Angehörige der Sicherheitsorgane ohnehin gut bezahlt. Überall – so auch in der DDR – existierten und existieren Berufsgruppen, die noch höhere Einkommen bezogen bzw. beziehen.

Versuche der Kriminalisierung des MfS und seiner Mitarbeiter sind gescheitert. Im Ergebnis von ca. 30.000 gegen ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden unserer Kenntnis nach nur zwei zu Haftstrafen verurteilt, weitere etwa zwei Dutzend zu Bewährungsstrafen, Geldstrafen oder Verwarnungen und das in noch nicht einmal immer fair geführten Verfahren. Amtliche Zahlen dazu wurden und werden nicht veröffentlicht. „MfS-Verbrechen“ scheiden damit als Begründung für Rentenkürzungen aus.

Völlig unbeachtet blieb auch die Tatsache, dass MfS-Angehörige maßgeblichen Anteil daran hatten, dass die sogenannte friedliche Revolution in der DDR 1989/1990 friedlich blieb.

Fazit:

Die in einem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) verfügte pauschale und willkürliche Kürzung der Rentenansprüche der ehemaligen Angehörigen des MfS der DDR stellt aus unserer Sicht eine schwerwiegende Verletzung des in der UN-Menschenrechtscharta, Artikel 7 deklarierten Grundsatzes der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz dar. Sie ist ausschließlich aus ideologischen Gründen erfolgt und auf die Diskriminierung einer Personengruppe wegen ihrer Herkunft, politischen Anschauungen und deren legitimer Tätigkeit im einstigen Feindstaat der alten Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Die Kürzung erfolgte ohne Nachweis einer individuellen Schuld der Betroffenen, kommt einer lebenslangen Vermögensstrafe gleich und ist ein Eingriff in geschützte Eigentumsrechte, da Rentenansprüche als persönliches Eigentum anzusehen sind.

Vor allem aber ist sie eine Verletzung der Menschenwürde der Betroffenen, deren Lebensleistung auf diese Weise vorsätzlich diffamiert wird.

Im Vertrauen auf die Autorität der UN und ihren unermüdlichen Einsatz für eine Welt, in der jeder Mensch seine bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte genießen kann, hoffen wir auf eine Unterstützung unseres Anliegens.

Sollten Sie es für erforderlich halten, sind wir jederzeit in der Lage, von Rentenkürzungen betroffene Mitglieder unseres Vereins zu bitten, Ihnen ihre Unterstützung für dieses Schreiben zu versichern und es durch Schilderung ihrer persönlichen Situation zu ergänzen.

Hochachtungsvoll

Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff
Amtierender Vorsitzender

*



**Gemeinsame regionale
Arbeitsberatungen der Thüringer TIG-
Vorstände am 23.05.2023 und 07.06.2023
zum Stand der Umsetzung unserer
Führungskonzeption vom Juni 2022**

Unter Federführung der größeren TIG in den ehemaligen Bezirken Suhl und Erfurt hatte der Landesbeauftragte und unser Beiratsmitglied Jochen Gladitz zur gemeinsamen Arbeitsbera-

tung die Vorstände der umliegenden TIG eingeladen.

Zu deren Beginn informierte uns Wolfgang Schmidt über den Stand der Vorbereitung der Beschwerde bei der UNO in Berufung auf das Fakultativprotokoll zum Wirtschafts- und Sozialpakt der Vereinten Nationen und über die Veranstaltung am 27.3. – Dialog statt Waffen –.

Im Mittelpunkt der regen Diskussionen standen die Einschätzungen über die Umset-

zung der Führungskonzeptionen in den TIG und die realistische Beurteilung des Machbaren.

Der Altersdurchschnitt von 77 Jahren bei den Mitgliedern und 80 Jahre bei den Vorständen und Betreuern zwingt uns dazu, neue Wege zu gehen. Dem persönlichen Kontakt mit unseren Mitgliedern ist weiterhin Vorrang einzuräumen. Darüber hinaus werden in den TIG Suhl und Erfurt Internetgruppen von über 40 Teilnehmern und WhatsApp-Gruppen genutzt, um den Kontakt zu den Mitgliedern aufrecht zu erhalten und Informationen auszutauschen.

Im Bereich Südthüringen erklärte sich Manfred Pohl (TIG-Vorsitzender Sonneberg) bereit, als Beiratsmitglied bei der Organisation der Zusammenarbeit der TIG unser Beiratsmitglied Jochen Gladitz zu unterstützen.

In den Diskussionen wurde die Verantwortung der Vorstände, Betreuer und Kassierer immer wieder hervorgehoben. Mit ihrem Einsatz steht und fällt die Arbeit in den TIG. Sie halten den Kontakt zu unseren Mitgliedern und unterstützen diese, bis hin zur Beratung zu sozialen Fragen.

Den Vorschlag zur Berufung von regionalen Ansprechpartnern für soziale Fragen werden wir aufgreifen. In der TIG Sonneberg gibt es bereits gute Erfahrungen bei der Beratung der Mitglieder dazu.

In der Diskussion wurde aber auch deutlich, dass die Verantwortung der einzelnen Mitglieder weiter wächst, selbst Verantwortung zu übernehmen und aktiver das Vereinsleben mit zu gestalten sowie Aufgaben zu übernehmen.

Breiten Raum in der Diskussion nahm auch unsere Haltung zur Partei DIE LINKE ein.

Die Zusammenarbeit stellt sich in den Kreisen unterschiedlich dar, von sehr guten Kontakten bis hin zur Ablehnung. Immer mehr Mitglieder haben kein Verständnis für deren Politik. „Diese Partei ist für uns nicht mehr wählbar.“

Wir haben orientiert, die progressiven Kräfte in der Partei weiter zu unterstützen, unseren Standpunkt offen zu artikulieren und Gespräche in Vorbereitung der Landtagswahlen zu suchen.

Hervorgehoben wurde auch der hohe informative Stellenwert unseres Mitteilungsblattes **ISOR aktuell**. Dem Redaktionsteam herzlichen Dank und weiter so!

Die Teilnehmer waren sich einig, den Kontakt untereinander zu vertiefen und periodisch regionale Arbeitsberatungen auf dieser Ebene weiterhin durchzuführen.

Zusammengefasste Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit

Politische Aktivitäten

1. Der Inhalt der Beschwerde auf der Basis des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt der UNO beim Wirtschafts- und Sozialrat

der Vereinten Nationen wegen unserer rentenrechtlichen Diskriminierung wird zeitnah den TIG zur Verfügung gestellt.

2. Durchführung von Gesprächen mit Landespolitikern in Vorbereitung der Thüringer Landtagswahlen. Nutzung von Sprechstunden der Abgeordneten u. a.
3. Unterstützung der Friedensinitiativen und Aktivitäten vor Ort
4. Zurückweisung von Verleumdungen gegen uns und die DDR

Organisations- und Arbeitsstruktur

1. Bezüglich der Altersstruktur und Gesundheitszustand ist die Organisation der Arbeit auf breitere Schultern zu verlagern, um bei Ausfällen von Vorstandsmitgliedern und Betreuern die Lücken wieder zu schließen. Alle Möglichkeiten nutzen und wenn es nicht mehr geht, auf die Möglichkeiten der Geschäftsstelle zurückgreifen (Kassiering-Bankeinzug) Zustellung von „ISOR aktuell“.
2. Die Verantwortung der großen TIG in den ehemaligen Bezirken wächst bei der Organisation der ZA mit den umliegenden TIG, Pflege der Kontakte untereinander, gemeinsame Veranstaltungen, Unterstützung u. a. Dafür ist gesondert ein Mitglied zu berufen, das den Kontakt zu den umliegenden TIG hält und die TIG-Vorsitzenden unterstützt.
3. Selbst wenn die Mitgliederzahlen weiter zurückgehen, bestehen in unseren TIG weiterhin stabile arbeitsfähige Strukturen. Der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung kommt immer mehr Bedeutung zu. Wir können jedoch nur das leisten, wozu jeder einzelne von uns noch in der Lage ist. Die Strukturen und Informationswege sind stets zu überprüfen und anzupassen. Dabei sind die vielfältigsten Möglichkeiten zu nutzen, wie persönliche Kontakte, telefonische Verbindung und die Möglichkeiten der neuen Medien, Nutzung von Zusammenkünften mit den Partnern, Treffen von Mitgliedern in kleinen Runden. Unsere Mitglieder sind natürlich aufgefordert, selbst aktiver zu werden – Kontakt von Mitglied zu Mitglied, ehemalige Arbeitsstrukturen, Garten und Grillfeste u. a.
4. Die TIG-Vorstände unterbreiten bis 9/23 Vorschläge zur Schaffung von regionalen Ansprechpartnern für soziale Fragen.

Zusammenwirken mit Verbänden und Vereinen

Wo noch die Möglichkeiten bestehen, sollten wir die Kooperation und Zusammenarbeit mit

den anderen Organisationen und Einzelpersonen weiter fördern und ausbauen.

- Traditionsverband, RotFuchs, Gewerkschaft, Seniorenverbände, Strukturen der Partei DIE LINKE

Hartmut Schuchardt, Landesbeauftragter

Aus der Postmappe

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, bei einem Arbeitseinsatz am Sorge-Denkmal am 17. Juni haben Peter Blechschmidt und ich die Idee für den folgenden Beitrag entwickelt.

Der Widerstand gegen den Faschismus war sehr vielschichtig

(Es gibt noch viel zu erforschen). Damit kein Gras über antifaschistische Geschichte wächst und ihre Opfer sowie Überlebenden eine angemessene Würdigung für ihren selbstlosen Kampf erfahren, kümmert sich in diesem Sinne eine kleine Gruppe von Chemnitzerinnen und Chemnitzern um die Pflege eines Erinnerungsortes an Dr. Richard Sorge in Chemnitz. Ein kleiner Hain mit einem Gedenkstein im Stadtteil Chemnitz - Kaßberg, der das Gedächtnis an die Aufklärungsgruppe „Ramsey“ und die in Japan Hingerichteten wach hält, erfährt ehrenamtliche und koordinierte Pflege.

Richard Sorge war vor und während des Zweiten Weltkrieges für die sowjetische Auslandsaufklärung als Journalist in China und Japan tätig. Ein Pseudonym für die Illegalität in Deutschland (KPD-Beteiligung) lautete R. Sonter, sein Deckname für den Japan-Einsatz „Ramsay“ (russ. Рамзэй). Er beschaffte im Vorfeld des Bruches des Nichtangriffspaktes durch Deutschland Informationen zum Termin des Angriffs der Wehrmachtstruppen und im September 1941, dass Japan trotz des Dreimächtepakts mit dem faschistischen Deutschland keinen Angriff auf die Sowjetunion beabsichtigte. Der Gedenkstein auf dem Kaßberg ist der einzige besuchbare Erinnerungsort im Freistaat Sachsen für den deutschen Internationalisten, einen Aufklärer im Dienst der Roten Armee der Sowjetunion im Kampf gegen die deutsche Wehrmacht.

Straßen, Institutionen und Einrichtungen, die in der DDR nach ihm benannt worden waren, fielen der „Schilder Stürmerei“ in der Nachwendzeit zum Opfer.

Ein Ähnliches Schicksal teilte das Gedenken und Erinnern an Fritz Schmenkel. Im Dezember 1938 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Der Dienst in Uniform und der Eid auf Adolf Hitler waren ihm zuwider, seine Disziplinlosigkeit brachte ihm mehrmals eine Arreststrafe ein. Nach wiederholtem unerlaubtem Entfernen von der Truppe, zuletzt im Oktober 1939, wurde Schmenkel verhaftet und 1940 von einem Kriegsgericht zu 18 Monaten Haft verurteilt. Im

November 1941, wenige Wochen nach seiner Verlegung an die Front als Angehöriger des 1. Artillerieregiments der 186. Infanteriedivision, desertierte er und flüchtete in die Wälder von Smolensk. Er reihte sich bei belorussischen Partisanen ein und ließ sich für Hinterland-Einsätze ausbilden. Nach einer Festsetzung während eines Auftrages wurde er 1944 von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Eine private Initiative von Sympathisanten und Unterstützern des Erinnerungsortes „Dr. Richard Sorge“ sammelte Geld, um Fritz Schmenkel 2022 einen Erinnerungsstein auf einem Friedhof bei Minsk setzen zu können. Allein in Chemnitz trugen eine Straße und eine Schule seinen Namen.

Vor wenigen Tagen stieß Peter Blechschmidt in einer Publikation der Stadt Schriesheim auf ein weiteres Beispiel für Opfer der

faschistischen Wehrmachts-Justiz, über ein Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD): auf Walter Mohr - in der DDR als Mitglied der Gruppe „Bejdin“ bekannt. Walter Mohr begab sich freiwillig in Gefangenschaft der Roten Armee, durchlief eine Antifaschistische Schulung und meldete sich für einen Auftrag als Emissär des NKFD. Er wurde mit anderen Gruppenmitgliedern im Hinterland festgesetzt, vor einem Standgericht zum Tode verurteilt und soll 1943/1944 hingerichtet worden sein. Auch für ihn gibt es bisher keine Grabstätte. Walter Mohr war lt. eigenen Angaben anfänglich engagiertes HJ-Mitglied (Jungvolkführer) und für den Krieg eingenommen. Die Kriegserlebnisse veranlassten ihn, sich freiwillig in Gefangenschaft zu begeben und sich mit gleichgesinnten Deutschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten der Roten

Armee zur Verfügung zu stellen. Während seiner Haft, vermutlich wie auch Fritz Schmenkel im Wehrmachtsgefängnis Torgau, verfasste er für seine Familienangehörigen ein erhalten gebliebenes Credo unter dem Titel: WIDERSTAND MUSS GELEISTET WERDEN!

Drei Schicksale mit unterschiedlichen und weiterhin forschungsrelevanten Biografien, die ein Ziel widerspiegeln - den Kampf gegen den Faschismus mit den unterschiedlichsten Mitteln. Dafür, für die Befreiung vom Faschismus, bezahlten sie mit ihrem Leben. Ihr Schicksal sollte uns Vermächtnis für Projekte weiterer Aufarbeitung der Geschichte des antifaschistischen Widerstandes und ihrer Träger sowie Opfer sein und Ansporn für deren öffentliches Erinnern und angemessene Würdigung.

Raimon Brete

*

Jubiläumsveranstaltung mit dem Sonderermittler

Am 9. März 2023 fand eine Buchlesung mit dem Autor des Buches „Der Sonderermittler“ - als Kriminalist in Diensten des MfS in Suhl statt. Oberstleutnant a.D. Hans Becker und der damalige FDJ-Sekretär der Sektion Kriminalistik Oberstleutnant a.D. Wolfgang Tanner vereinbarten, zum 50-jährigen Jubiläum der Verleihung des akademischen Grades „Diplomkriminalist“ durch die Humboldt-Universität zu Berlin am 10. Juni 2023 eine Buchlesung mit Hans Becker zu veranstalten. Der Autor hat im Fernstudium ebenfalls den akademischen Abschluss „Diplomkriminalist“ erworben.

Um 15 Uhr traf man sich in der Gaststätte „Enzian“ Am Kupfergraben in Berlin. Es beeindruckte, mit welcher Vitalität der gerade 89 Jahre alt gewordene Hans Becker von seiner Arbeit berichtete. Eingangs hob er hervor, dass aus dem Absolventenjahrgang 1973 mehrere Diplomkriminalisten in seiner Abteilung ihren Dienst aufgenommen hatten. Einer wurde später sein Stellvertreter.

Der Autor berichtete unter anderem von den Knabenmorden in Eberswalde im Jahr 1969, wo mit riesigem logistischen Aufwand Untersuchungsarbeit betrieben worden ist. General Scholz hat alles organisiert, was benötigt wurde - Arbeitsplätze, Unterkünfte, Verpflegung Nachrichtentechnik, Kraftfahrzeuge usw.

Da es noch keine Handys gab, ist es vorgekommen, dass mehrere Kriminalisten im selben Ort ermittelten. Die Untersuchungen zogen sich über drei Jahre hin. Nachdem der sadistische Mörder nach 27 Monaten ein drittes Mal zugeschlagen hatte, konsultierten die Ermittler die Professoren Prokop und Szewczyk. Diese gaben die Empfehlung, die Untersuchung auf auffälliges Vortatverhalten zu konzentrieren. Das brachte

endlich den Durchbruch. Ein Junge erinnerte sich an einen einige Jahre zurückliegenden Vorfall, als ihn ein Jugendlicher unsittlich berührte und drohte ihn abzustechen, wenn er darüber spreche. Er konnte sogar die Wohnung des Täters zeigen.

Hans Becker forderte die Anwesenden auf, sich nicht einschüchtern zu lassen und zu ihrer Arbeit im MfS zu stehen. Er habe schon vor vielen Leuten gesprochen und noch nie erlebt, für seine kriminalistische Arbeit angefeindet worden zu sein.

Die Teilnehmer erwarben im Anschluss zahlreiche Exemplare seines Buches „Der Sonderermittler“ und ließen sie vom Autor mit einer Widmung versehen.

Wolfgang Tanner überreichte Hans Becker als Geschenk das von ihm mitverfasste Buch „Blutspur durch Thüringen“. Dank gilt Siegfried Meyer, der Hans Becker als Fahrer und Betreuer zur Seite stand.

Wolfgang Tanner



Gruß und Glückwunsch an die ehemaligen Angehörigen der Volkspolizei und deren Gliederungen zu ihrem Ehrentag am 1. Juli.

Hallo und Guten Tag

Als ISOR-Mitglied, schreibe ich heute, mit einer Anfrage.

Wie sieht es eigentlich mit der Inflationsprämie für Rentner aus.

Nun jeder bekommt sie, außer wir Rentner und auch die Studenten. Ungerechtigkeit hoch 100.

Zeigt ISOR auch Aktivitäten in dieser Richtung?

Jeder Rentner findet die Information, dass die 16 Minister der Bundesregierung auch 3000 Euro erhalten. Wenn, dann alle, auch wenn wir 20 Millionen sind. Es wird z. Z. viel Geld ausgegeben, da kann man uns als auch die Studenten, nicht außen vor lassen. Vielleicht habt Ihr aktuellere Informationen ...

Herzlichen Dank und weiterhin viel Erfolg.

Hans-Jürgen Udich

Lieber Hans Udich, danke für Deine Zeilen.

Wie Du aus den ersten Seiten der aktuellen Ausgabe unserer Mitgliederzeitung liest, tritt ISOR für die Abschaffung der Strafrenten seiner Mitglieder ein. Ein bundesweites Engagement im Interesse aller Rentner überstiege unsere Möglichkeiten. Gleichwohl unterstützen wir die von Dir angesprochenen Fragen z. B. der Arbeit der Volkssolidarität. Die zu

diesem Thema im aktuellen Pressebrief der VS veröffentlichte Information dazu fügen wir an:

Zum diesjährigen Welttag am 15. Juni gegen Diskriminierung und die Misshandlung älterer Menschen erklärt Susanna Karawanskij, Präsidentin der Volkssolidarität: „Der demographische Wandel mit dem gestiegenen Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft macht es notwendig, die Lebensbedingungen dieser Generationen in den Blick zu nehmen. Vor allem der Einsatz gegen die steigende Altersarmut darf nicht abbrechen, um ein Alter in Würde und mit Teilhabe zu ermöglichen!“

Altersarmut wird von Verbänden, Politik und Medien immer wieder angesprochen, doch leider verbessert sich die Situation nicht. Im Gegenteil: Mehr als ein Sechstel aller über 65-Jährigen in Deutschland ist armutsgefährdet. Von 2018 bis 2021 stieg die Armutsgefährdungsquote in dieser Altersgruppe von 14,7 Prozent auf 17,4 Prozent. Bei den über 80-Jährigen sind es sogar 22,4 Prozent.

Dazu sagt Susanna Karawanskij: „Wenn mit dem Rentenanstieg der finanzielle Abstieg kommt, ist der bisherige Lebensstandard kaum noch zu halten. Bisher selbstverständliche Dinge können plötzlich unbezahlbar werden: der vertraute Wohnraum, Essen gehen mit Freunden, ein Paar gute Schuhe, die Urlaubsreise. Dieser Ausschluss wirkt sich nicht nur negativ auf das Wohlbefinden aus, sondern wird zusätzlich als Diskriminierung empfunden. Dass das Erreichen eines hohen Lebensalters selbst ein Risikofaktor für Armut ist, ist unfassbar, damit werden bestehende Ungleichheiten zusätzlich verstärkt“, mahnt die Präsidentin.

Das System der Pflegeversicherung trägt ebenfalls dazu bei, dass die Lebensqualität der meist älteren Pflegebedürftigen sinkt, wie Susanna Karawanskij erklärt: „Die Eigenanteile und Zuzahlungen zur Pflege steigen immer mehr, dadurch werden Menschen mit wenig Einkommen oder Rücklagen in die Sozialhilfe getrieben. Dadurch nehmen sie notwendige Leistungen nicht in Anspruch oder verzichten gar auf Existentiell, wie Essenslieferungen. Diese Einschränkung der Lebensqualität älterer Menschen ist diskriminierend. Damit muss Schluss sein. Wir müssen an die Ursachen ran, Renten müssen ausreichend für die Sicherung des Lebensstandards im Alter sein! Die Pflegeversicherung muss so reformiert werden, dass Pflege keine Armutsfalle wird. Wir fordern den Bundesgesundheitsminister auf, dafür eine Bürgerversicherung mit Abdeckung aller Pflegerisiken auf den Weg zu bringen!“

(redaktionell bearbeitet)

*

Unsere Leserin Elvira Wittke aus Gryzow (PL) schreibt unter anderem:

Die ISOR-Zeitung, die mir monatlich zugesandt wird, erfreut mich sehr. Die Beiträge der Autoren sind sehr spannend und vor allem realistisch und widerspiegeln das Leben in der Vergangenheit in der DDR und das Jetzt.

Als Zeitzeugin, erzogen in einer Arbeiterfamilie, leide ich sehr unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Ich bin froh, dass ich meine Kindheit, Jugend und mein Leben damals in der DDR erleben durfte.

Die Nachkriegszeit war sehr schwer, Hunger plagte uns, meine bombenzerstörte Stadt Merseburg verlangte unsere Kraft und Einsatzbereitschaft immerzu.

Jetzt ist das, was wir generell in der DDR erbaut haben, nichts wert, wird nicht gewürdigt, abgerissen, das Wissen der Menschen nicht richtig honoriert und die Bildung und Ausbildung der Jugend total vernachlässigt. Schöne Aussichten für die Zukunft und das Leben in Deutschland!

Das Demokratiegeschwafel geht mir auf die Nerven und ich höre diesem Geschwätz nicht mehr zu.

Wie gut mir dann die Beiträge aus der ISOR-Zeitung tun, könnt Ihr Euch denken. Deshalb „Danke, danke, danke.“ Ich wünsche mir sehr, dass es Euch noch sehr lange gibt und Ihr weiterhin so tolle Beiträge über das Gestrige, Heute und Morgen schreibt.

In diesem Sinne beende ich meine Zeilen, denn ich bin am Arm verletzt und konnte meine Schönschrift nicht anwenden.

Das Wetter ist schön und ich genieße meinen sehr schön blühenden Garten auf der Terrasse und kuriere mich aus.

In Verbundenheit mit ISOR.

Elvira Wittke.

*

Nachgelesen

8. Mai mit Überraschung

Am 8. Mai war ich Teilnehmer an einer Ehrung zum Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus am sowjetischen Ehrenmal in Wismar. Initiator war die Partei Die Linke. Ihr Kreisvorsitzender hielt die Ansprache. Teilnehmer waren russische Freunde, Parteimitglieder der Linken, sowie weitere Bürger der Stadt. Eigentlich war es wie immer. Blumen wurden am Ehrenmahl niedergelegt und der Kreisvorsitzende hielt seine Rede. Wismar-TV hatte ihre Leute mit samt Kameramann geschickt und eine Reporterin die vorgab von

der Schweriner Volkszeitung (SVZ) zu sein versuchte sowohl russische als auch deutsche Teilnehmer zu interviewen.

Schon mit der Rede des Kreisvorsitzenden der Partei Die Linke begann es anders zu werden als die Jahre zuvor. In seinen bisherigen öffentlichen Auftritten vertrat er immer die Belange seiner Partei. Heute aber schien er sich stärker der Staatsräson verpflichtet zu fühlen. Die hohe Bedeutung der Sowjetunion wurde anerkennend herausgestellt, aber dann kam fast entschuldigend seine Einlassung, dass diese Ehrung nicht mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine in Verbindung steht. Da war es wieder, das Mantra der sogenannten westlichen Führungseliten, „der völkerrechtswidrige Überfall oder auch Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine“.

In der hinduistischen Religion spielen Mantras eine wichtige Rolle und spenden spirituelle Kraft. Bei unseren Politikern ist es aber nicht die Religion, die sie zum Handeln bewegt. Hier scheint mehr eine verwirrende Ideologie mit der Dominanz einer ausländischen Macht zu wirken. Man könnte dieses Mantra besser als das „Pfeifen im Wald“ deuten. Na gut, das ist heute eben so, denn für alle die, die nicht blind der Staatsräson folgen, gibt es schnell diffamierende „Fachbegriffe“ und die sollten auch wir zu hören bekommen. Die Veranstaltung war beendet und die Teilnehmer hatten das Areal des Ehrenmals schon fast verlassen.

Es waren noch fünf Personen, die dem Ausgang zustrebten. Darunter befand sich die Frau, die vorgab, von der SVZ zu sein. In einem lockeren Gespräch fiel auch eine kritische Bemerkung zur objektiven Berichterstattung von sogenannten „Leitmedien“.

Als der Versuch der SVZ-Frau, uns eines Besseren zu belehren nicht den von ihr erwarteten Erfolg hatte, reagierte sie völlig hysterisch. Laut schreiend entfernte sie sich, und beschimpfte uns, wobei der Begriff „Stasiassi“ noch der harmloseste war. Mir kamen leise Zweifel, ob diese Frau wirklich von der SVZ war. Wenn das das Niveau einer Recherche sein sollte und das auch noch der übliche Umgang mit Interviewpartnern ist, hat das mit einer Berichterstattung nichts mehr zu tun. Das war maximal eine Bestätigung, dafür, dass Journalismus zur Hofberichterstattung verkommen ist und Menschen mit nicht hoffähigen Meinungen geächtet werden. Vielleicht ist es das, was mit Pressefreiheit gemeint ist. Bleibt zu hoffen, dass immer noch ein paar richtige Journalisten übrigbleiben.

Jürgen Barz, Wismar

*

Denkmal

FRIEDEN; FREUNDSCHAFT; SOLIDARITÄT

Unter dieser Losung fanden vor 50 Jahren in Berlin die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt.



Am 28. Juli 1973 versammelten sich Jugendliche aus allen fünf Erdteilen zur Eröffnung der Weltfestspiele im „Stadion der Weltjugend“ in Berlin (heute mit Hochsicherheitstechnik eingezäunte Zentrale des „Bundesnachrichtendienstes“ der BRD):



Die Solidarität für Frieden und Freundschaft war das Kredo des Treffens.

Am 5. August endete das X. Festival mit elf Böllerschüssen, die auf das nächste Fest der Jugend hinwiesen.

Fünf Wochen später musste sich die internationale Solidarität in der Praxis erweisen: Am 11. September putschte der faschistische General Pinochet und Chile ertrank in einem Meer von Blut.

Gemäß ihren politischen Grundsätzen nahm die DDR tausende chilenische Flüchtlinge auf, gab ihnen Arbeit und eine würdevolle Existenz.

Lesenswert

Albrecht Müller „Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst“

ISBN 978-3-86489-218-9, Westend-Verlag Frankfurt/Main, 12. Auflage 2021, 144 Seiten, Preis: 14 Euro

Kenntnisreich, auch aus seiner persönlichen Erfahrung, u.a. als Leiter der Planungsabteilung unter den Kanzlern Brandt und Schmidt, schildert der langjährige Herausgeber der „Nachdenkseiten“ (www.nachdenkseiten.de) wie politische Meinungen erzeugt und manipuliert werden. Er beschreibt 17 gängige Methoden der Meinungsmanipulation und belegt diese mit prägnanten Beispielen.

Leser dieses Buches, wie auch die Nutzer der „Nachdenkseiten“, können seinem Credo, wenig zu glauben, alles zu hinterfragen und selbst zu denken ohne Einschränkung zustimmen. Ebenso seiner Schlussfolgerung, dass es dringend geboten ist, den Meinungsmachern der heute Herrschenden entschieden entgegenzutreten.

W.S.

Zu guter Letzt

„Beuge das Knie“ – auch und erst recht in der Demokratie. Besonders dann und dort, wo die Untertanen am „Humboldtforum“ in Berlin wandeln.

Es ist jüngst entschieden worden, dass der biblische und von irdener Macht gesponserte Spruch weiterhin das Dach unter dem Kreuz umrunden darf, und den Geist der Zeit widerspiegelt, der von oben über sämtliche bisher bekannte Menschengeschlechtsarten ausgegossen wird.

Auch international wird das kritisch beäugt. Es hilft nichts: für Änderungen ist kein Geld vorhanden.

Selbst bei den Versandhäusern kann's niemand möglich machen.

Da hat unser aller Goethe wohl recht, wenn er Mephisto sagen lässt:

**Den Teufel spürt das Völkchen nie,
Und wenn er sie bei Kragen hätte.**

w.kr.

Zwischenruf

Tiefe Flachforschung

Der „Politologe und Zeithistoriker“ Klaus Schröder, geboren im Gründungsjahr der beiden deutschen Staaten (natürlich in der besseren Hälfte) und tätig im „Forschungsverbund SED-Staat“ an der FU Berlin mit Schwerpunkt Geschichte und Struktur der DDR, öffnete am 11. Juni das Forschungs-Nähkästchen, um seine Erkenntnisse über den „Volksaufstand in der DDR“, der übrigens mit steigender Ferne immer mächtiger gewaltig wird, im Deutschlandfunk zu verbreiten.

Was hat er also neu erforscht?

Da gab es im O-Ton etwas von der Rolle der Bedeutung des Planes zu hören, was der „Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht“ bereits 1952, also etwa ein Jahrzehnt vor seiner Wahl in die damals noch nicht existierende Funktion zum Besten gegeben haben soll.

In der DDR gab es aber zu der Zeit einen Präsidenten, und zwar „einen ersten und einzigen“, wie der Forscher bei Grabungen in Berlin-Niederschönhausen richtig den Papyrusrollen entnahm. Und der hieß, ihr Dummerchen im Osten, der hieß nämlich Otto Grotewohl. Darauf wäret ihr nicht gekommen. Das hat euch die SED nicht gesagt. Aber es ist nun erforscht worden.

Ebenso hat sie euch verschwiegen, dass es „standesrechtliche Hinrichtungen“ gab. Über Ort und Standesordnung und Standesamt wird gerade geforscht. Bitte nicht stören, sonst bricht alles wieder zusammen, so wie die DDR von 1949 bis 1989 dabei war, an jedem Tag zusammenzuberechnen. So hätte 1953 schon 1989 sein können. Das hat der Forscher herausgefunden. „Zeitendoppelwummwende“ hätte man den Eingeborenen dort hinter ihre unparfümierten Ohren schreiben können.

Leider haben RIAS und andere Wohlmeinende das nicht so genau mitbekommen, (der hat das wohl erst später erfahren) sonst wäre es schon 1953 passiert. Wenn nicht die „Rote Armee“ der Sowjetunion, die es zu der Zeit gar nicht mehr gab (sie wurde nämlich umbenannt im Jahre... na, Herr Schröder, das erforschen Sie bestimmt noch), überall eingegriffen hätte.

Wäre es für die Forschungsarbeit an der FU nicht Zeit für ein weiteres Projekt aus der DDR? In Nebra, Sachsen-Anhalt, hatte man eine sog. Himmelscheibe gefunden, deren Alter auf die Zeit zwischen 2100 und 1700 vor Christus und also nochmal 2023 Jahre vor dem Forschungsverbund SED-Staat datiert?

Die Erde eine Scheibe. Und das auf dem Boden des Unrechtsstaates, dessen erster und einziger Präsident ... war. Finden Sie's raus Herr Spezialforscher. Einen Tipp geben wir: Otto Grotewohl war es dieses Mal nicht.

w.k.

Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen

Tagesfahrt zu Tino Eisbrenner und Fahrt zum Sächsischen Bergsteigerchor „Kurt Schlosser“

Zunächst ein herzliches Dankeschön den ISOR-Mitgliedern und Freunden, die bei den Tagesfahrten zum Hoffest von Tino Eisbrenner und zum Jahreskonzert des Sächsischen Bergsteigerchores „Kurt Schlosser“ mitkommen werden. Der Bus zum Chorkonzert ist schon gut besetzt, aber für die Fahrt zu Tino ist Platz.

Für alle Interessenten noch einmal die wichtigsten Informationen zu beiden Fahrten:

Am Samstag, dem 9. September, veranstaltet Tino Eisbrenner sein engagiertes Hoffest „Musik statt Krieg“, das seit 2002 auf seinem „Vier-Winde-Hof“ im kleinen mecklenburgischen Plath stattfindet. Er wird wieder viele interessante Künstler-Kollegen einladen. Darüber hinaus bietet die Veranstaltung Gelegenheit zu interessanten Gesprächen und Begegnungen. Wie in den vergangenen Jahren werden sich die Freunde der TIG Neubrandenburg den Besuch des Hoffestes nicht entgehen lassen.

Der Preis der Fahrt beträgt 60 € pro Person für Busfahrt, Eintritt und Reiseleitung. Speis' und Trank werden auf dem „Vier-Winde-Hof“ angeboten (individuelle Bezahlung).

Die Busabfahrt in Berlin erfolgt gegen 12 Uhr. Die Veranstaltung dauert von 15 bis

ca. 22 Uhr. Wir wollen den Ablauf so organisieren, dass wir mit dem Bus gegen Mitternacht wieder in Berlin sind. Für den Heimweg in Berlin empfehlen wir Fahrgemeinschaften zu bilden.

Die Tagesfahrt zum Jahreskonzert des Sächsischen Bergsteigerchores „Kurt Schlosser“ im Kulturpalast Dresden findet am Sonntag, dem 19. November 2023 statt. Der Konzertbeginn ist um 11.00 Uhr, Busabfahrt in Berlin spätestens um 8 Uhr. Der Preis der Fahrt beträgt 75 € pro Person. Für Busfahrt, Konzertkarte und Reiseleitung. Im Anschluss an das Konzert besteht die Möglichkeit, im urigen Restaurant „Pulverturm an der Frauenkirche“ ein Mittagessen einzunehmen (16 € p. P.). Wer das wünscht, bitte bei der Buchung angeben. Rückfahrt nach Berlin mit dem Bus gegen 16 Uhr.

Der Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen freut sich über eine rege Teilnahme.

Gern nehme ich die Anmeldungen telefonisch oder per E-Mail entgegen

Tel. 0173-6102512 bzw.
gbm.dr.weiss@gmail.com

Dr. Carola Weiß
Freundeskreis Kultur- und
Bildungsreisen im OKV

Ernste Warnschüsse

Die jüngsten kommunalen Wahlen sollten nachdenklich machen. Landratswahl im Landkreis Sonneberg (Thüringen), Sieger AfD. Bürgermeisterwahl in Ranguhn Jeßnitz (Sachsen-Anhalt), Sieger AfD. Man könnte meinen, die AfD in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf. Wie es scheint, ist es auch nicht gewollt. Interessant sind doch die Reaktionen der sogenannten Altparteien. Schuldige, als da wären Corona, Putin, Inflation und selbst Merkel sind schnell gefunden. Im Zweifelsfall hat immer die andere Partei Schuld.

Offensichtlich ist es bisher niemanden der regierenden Protagonisten aufgefallen, dass von den Regierungsparteien kein Kandidat auch nur annähernd in die Nähe der Stichwahl kam. Hier wäre ein selbstkritisches Hinterfragen der eigenen Politik wohl angebracht. Da höre ich nichts. Eigene Versäumnisse werden von vornherein ausgeschlossen.

Die BRD driftet immer mehr in Richtung Polarisierung. Die Debatten nach den Wahlen zeigen, dass das noch nicht begriffen wurde. Öffentliche Forderungen nach einem Boykott des Landkreises Sonneberg oder gar einen Gesinnungs-TÜV sind nicht hilfreich. Sie zeigen nur die Hilflosigkeit der Regierenden. Wer die Ursachen der Rechtsentwicklung in unserem Land aus den Augen verliert, der wird die AfD nicht verhindern.

Wilfried Steinfath, Berlin

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel

c/o Geschäftsstelle und Redaktion

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift: ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 28.06.2023

Einstellung im Internet: 07.07.2023

Auslieferung: 12.07.2023

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.07.2023

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführerin: Anja Mewes: Di/Mi 9-16 Uhr,

Tel.: (030) 29784316

Stellv. GF Peter Ott, Di/Do 8-15 Uhr,

Tel. (030)29784315

E-Mail: ISOR-Berlin1@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck, Di/Mi 8-15 Uhr,

Tel.: (030) 29784317 • Fax.: (030) -29784320

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 17 Uhr

nach tel. Terminvereinbarung (030 29784 316)